

Landwirtschaft

Verhöhnung

Zum Artikel „Gute Ernte, schlechte Preise“ vom 19. September:

WLV-Präsident Johannes Röring muss wohl unter großem Druck stehen, wenn er versucht, mit unsachlicher Polemik einen Keil zwischen Verbraucher, Umweltschützer und Landwirte zu treiben. Fast 30 000 Teilnehmer an den Demonstrationen auf der Grünen Woche in Berlin gegen eine völlig übersubventionierte, intransparente Agrarpolitik, die verbraucher-, bauern- und nutztierfeindlich ist, sprechen für sich. (...) Anstatt auf die Weigerung Russlands, Importe aus der EU Staaten zuzulassen, zu reagieren und das auf Dumpingpreise aufgebaute Exportsystem zu überdenken, fordern die Lobbyisten dieser Branche „weiter produzieren wie bisher, Augen zu und durch“. In seiner so hoch gepriesenen „Initiative Tierwohl“ können die freiwilligen Teilnehmer wie auf einen Basar aussuchen, welche Dinge sie denn vielleicht verbessern möchten. Da das ganze Vorhaben unter dem Label QS firmiert, hat der Verbraucher keinerlei Chance zu erfahren, was denn wo bei wem verbessert wurde. Angesichts der heute noch obskuren Verhältnisse im Umgang mit Nutztieren will Herr Röring dem Verbraucher doch tatsächlich weismachen, dass 40 Jahre Nutztierhaltung erforderlich waren, um zu der Einsicht zu gelangen, dass man mit 4 Cent mehr pro Kilo



Gegen industrielle Massentierhaltung protestieren Tierschützer (Pommern). Auch die Landwirte stehen mit der „Initiative Tierwohl“

Fleisch artgerechte Nutztierhaltung betreiben kann. Wenn es so wäre, dann käme es einer nachträglichen Verhöhnung aller Landwirte gleich, die ihre Höfe bereits aufgegeben mussten.

Herbert Moritz, Heek

Billige Rhetorik

Ich bin Mitglied der Bio-Mentoren, einem bundesweiten Netzwerk von Führungskräften in Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie, die sich unter anderem für den

Schutz der Umwelt, den Einsatz von Bioprodukten und regionalen Produkten in der Verpflegung einsetzen. Und ich bin fassungslos über die Wortwahl des Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Röring.

Angesichts der vielen Krisen- und Kriegsgebiete auf der Welt martialisch von einer „dramatischen Ernteschlacht“ zu sprechen, ist höchst geschmacklos.

Und dass er eine so durchsichtige Polemik gegen Nabu und BUND für

LESERBRIEFE



tzter vor Beginn der Agrarmesse in Mühlengeez (Mecklenburg-Vor-
pohl" zu mehr Tierschutz in den Ställen. Foto: dpa

nötig hält, zeugt von einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber den berechtigten Argumenten der Naturschutzverbände. Spenden an Naturschutzverbände und an humanitäre Hilfsorganisationen so plump gegeneinanderzustellen, ist billige Rhetorik.

Dabei wäre doch angesichts der zunehmenden Sensibilität und kritischen Haltung gegenüber einer hoch industrialisierten Landwirtschaft und Massentierhaltung mit ihren beschämenden Auswüchsen

das sachliche Gespräch mit den Naturschutzverbänden der richtige Weg. Die „Initiative Tierwohl“, ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung, ist eben auch auf den unermüdlichen Einsatz der Naturschutzverbände zurückzuführen. Auch künftig ist ein intensiver gesellschaftlicher Dialog vonnöten, der alle Beteiligten vom Erzeuger über die Lebensmittelindustrie, den Handel und den Verbraucher einbezieht. (...)

**Thomas Voß,
Münster**

Populistisch

Die Empfehlung des WLV-Präsidenten Röring, Spenden an Nabu und BUND zu überdenken und das Geld lieber „Hungernden und Vertriebenen“ zukommen zu lassen, offenbart deutlich, dass sich die Verbandsführung unserer Landwirte dem massiven Gegenwind aus der Bevölkerung, repräsentiert durch zahlreiche Natur- und Umwelt-Verbände, Tierschutzorganisationen, Bürgerinitiativen sowie die Abl Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft offenbar nur noch mit platt-populistischen Aufrufen zu erwehren vermag. (...)

**Rainer Gildhuis,
Coesfeld**

Handelsvertrag

Ziemlich blauäugig

Zum Artikel „Freihandel: DGB geht auf Gabriel zu“ vom 19. September

Wenn unser Wirtschaftsminister Gabriel und der DGB im Freihandelsabkommen TTIP eine Chance für einen faireren Wettbewerb und für bessere Arbeitsbedingungen sehen, aber nicht die riesigen Nachteile erkennen wollen, dann müssen solche Sichtweisen als ziemlich blauäugig bezeichnet werden.

Und das ist schon mehr als merkwürdig und darf uns Bürgern nicht einfach so aufs Auge gedrückt werden. Ich frage mich da nur: Wenn TTIP zum Wohle von ca. 500 Millionen Europäern und ca. 300 Millionen Amerikanern dienen soll,

dann braucht dieses doch nicht hinter verschlossenen Türen so geheimnisvoll verhandelt zu werden?

Fragen wir uns doch einmal, warum die Volksabstimmungen in der Schweiz immer so heftig kritisiert werden? Es geht bei dieser Kritik (...) um die Tatsache, dass hier das Volk direkt entscheidet – und die Politiker und Lobbyisten sich an diese Entscheidungen halten müssen, ob es ihnen passt oder nicht. Abkommen wie das TTIP dienen z. B. dazu, den Souverän (also das Volk) als eigentlichen Entscheider in wirtschaftspolitischen Fragen möglichst auszuschalten. Denn das Volk ist „unberechenbar“ (...), und alles Unberechenbare ist schlecht fürs Geschäft. Ein Volk, das seine Entscheidungen selbst trifft, will man weder in der Politik noch in der Wirtschaft. Das gilt für die USA ebenso, wie für die EU.

Früher mussten die Unternehmen das Risiko für ihre Investitionen selbst tragen – als Belohnung winkten immerhin satte Gewinne (...). Bald jedoch müssen sie selbst dies nicht mehr tun. Der Bürger trägt dann das Risiko, so wie wir das heute bei den geldgierigen Großbanken erleben, die zu groß sind, um sie pleitegehen zu lassen. (...)

A.Henke, Heiden

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail an leserbriefe@zgm-muensterland.de.